



cnetz

VEREIN FÜR NETZPOLITIK



Internet und Digitale Gesellschaft

Berlin im Juni 2013

Vorwort



Internet und Digitale Gesellschaft

Die Digitale Revolution hat die Welt verändert und ist in ihrer Bedeutung mit der industriellen Revolution des 19. Jahrhunderts gleichzusetzen. Die Zukunft unserer Gesellschaft und unserer Volkswirtschaft, von Frieden und Wohlstand wird maßgeblich davon abhängen, welche Antworten wir auf die Herausforderungen der Digitalisierung finden. Der das Netz prägende Multistakeholderansatz ist auch geeignet, die Antworten auf die Fragen, die sich nun stellen, zu geben. Nicht alleine die Politik, nicht alleine die Zivilgesellschaft, nicht alleine die Wirtschaft und auch nicht die so genannte Netzgemeinde kann diese Antworten geben. Sie müssen gemeinsam gesucht und erarbeitet werden. Wir brauchen neben konkreten Entscheidungen also auch eine breite gesellschaftliche Debatte darüber, wie das digitale Deutschland aussehen soll. Wir möchten mit diesen Bausteinen für die politischen Entscheidungen der nächsten Legislaturperiode Orientierungshilfen für netzpolitisch-interessierte Bürgerinnen und Bürger und Denkanstöße für die notwendigen Debatten und Entscheidungen.

1.



Deutschland braucht einen Staatsminister für Internet und digitale Gesellschaft.

Derzeit gibt es in der Bundesregierung keine Schnittstelle für die Herausforderungen der digitalen Gesellschaft. Wir erleben Kompetenzstreitigkeiten zwischen den verschiedenen Ministerien. Dies ist nicht verwunderlich, denn netzpolitische Themen sind meist Querschnittsmaterie, die mehrere Politikfelder von der Außen- und Sicherheitspolitik bis hin zur Bildungspolitik berühren und die sich mit den Auswirkungen auf Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt beschäftigen. Die Benennung eines Staatsministers – wie z.B. im Bereich kulturpolitischer Fragen – würde hier eine Lücke im parlamentarischen Prozess schließen.

2.



Der Bundestag bildet einen Ausschuss für Internet und digitale Gesellschaft.

Dieser Ausschuss soll sich mit den Herausforderungen und Chancen der digitalen Gesellschaft auseinandersetzen. Die Arbeit der Enquete-Kommission Internet und digitale Gesellschaft braucht eine Verstärkung in der parlamentarischen Arbeit und kann bspw. im Zusammenspiel mit dem entsprechenden Staatsminister im Bundeskanzleramt zu einer angemessenen Auseinandersetzung mit dem Thema Netzpolitik führen.

3.



Wir brauchen ein digitales Weißbuch für Deutschland.

Wir brauchen eine regelmäßige Bestandsaufnahme, wo wir in der digitalen Gesellschaft in Deutschland stehen. Ein digitales Weißbuch würde zu einer systematischen Dokumentation des Prozesses der Digitalisierung der Gesellschaft führen und u.a. auf Grundlage dieser Transparenz die intensive gesellschaftliche Auseinandersetzung mit diesem Thema erleichtern. Ziel dieses Buches ist es, innerhalb der Gesellschaft mit allen relevanten Gruppen aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Politik das Gefühl für den Prozess der Digitalisierung zu schärfen und neue Anknüpfungspunkte für die notwendige Debatte zu liefern, wie die digitale Gesellschaft in der Zukunft gestaltet werden soll.

4.



Startups fördern.

Wir brauchen eine bessere Gründerkultur in Deutschland. Dazu gehören Vorbilder, von denen Kinder träumen können und die sie entsprechend motivieren und inspirieren. Vorbilder sind nicht nur die Großen Unternehmen, sondern auch die Gründer „von nebenan“. Diese sollen mehr Kontakt zu Jugendlichen bekommen, deshalb heißt die Devise: Gründer in die Schulen.

Wir brauchen ein Gründerklima in den Hochschulen. Dazu sprechen wir uns für ein Gründungs-Ranking der Deutschen Hochschulen samt Transfer von Best-Practice-Modellen aus.

Es darf keine steuerlichen Verschärfungen geben, die Gründungen behindern. Dies betrifft nicht nur die Besteuerung von Exit-Gewinnen, wo sich die Koalition gegen den rot-grünen Bundesrat durchsetzen konnte. Steuerliche Anreize sollten in Deutschland weiter ausgebaut werden. Außerdem benötigen wir eine steuerliche Forschungsförderung, von der auch kleine Unternehmen unbürokratisch profitieren können.

Wir brauchen mehr Wagniskapital in Deutschland, wenn es um das Wachstum von Startups geht. Als Vize-Exportweltmeister müssen wir auch unsere Internetfirmen mit genug Kapital ausstatten, damit diese global auftreten können. Dazu sollten auch institutionelle Investoren zumindest im Promillebereich in entsprechende Fonds investieren dürfen.

Wir brauchen bessere Bedingungen für die oft auch internationalen Mitarbeiter von Internet Startups. Behörden sollten alle Formalitäten auch in englischer Sprache anbieten und die Zuwanderung von IT-Fachkräften noch weiter erleichtert werden.

5.



Wir setzen auf digitales Wirtschaftswachstum.

Die Internetwirtschaft ist inzwischen ein Wachstumstreiber unserer Volkswirtschaft und nach dem Maschinenbau und der Elektroindustrie der drittgrößte Arbeitgeber in Deutschland. Doch es bedarf weiterer Anstrengungen, wenn wir wollen, dass Deutschland bis zum Ende des Jahrzehnts zum digitalen Wachstumsland Nummer 1 wird. Die IT ist Quelle und Treiber von Innovation von Industrieprodukten. Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie hängt maßgeblich von der gelungenen Verschmelzung von ITK mit klassischen Industriegütern ab, die so genannte Industrie 4.0. Wir brauchen die modernste Infrastruktur Europas und müssen diese zu intelligenten Netzen in den Bereichen Energie, Verkehr, Verwaltung, Gesundheit und Bildung ausbauen.

Wir wollen eine neue Innovationspolitik, die den kurzen Innovationszyklen der digitalen Wirtschaft Rechnung trägt. Neben einer intensiveren Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft kann der Staat hier durch eine gezielte steuerliche Forschungsförderung weitere Anreize setzen. Der Staat muss darüber hinaus den Fachkräftemangel durch gezielte Zuwanderung und eine Steigerung der MINT-Fächer in Schulen und Universitäten sowie bei Aus- und Weiterbildung bekämpfen. Eine Förderung der Sicherheitskultur und eine minimalinvasive gesetzliche Regelung zur Cybersicherheit für kritische Infrastrukturen schaffen Vertrauen für digitale Technologien und setzen Impulse für Wohlstand und Wachstum.

6.



Breitband: Mehr Glas und GBit per Funk.

Schnelles Internet ist sowohl privat als auch gewerblich inzwischen eine Voraussetzung für Teilhabe in unserer Gesellschaft – sowohl zivilgesellschaftlich als auch wirtschaftlich. Eine gute Internetverbindung sehen wir als Grundbedürfnis unserer Bürgerinnen und Bürger an und eine leistungsstarke und lückenlose Infrastruktur ist die Grundvoraussetzung für wirtschaftliche Stärke und Innovationsfreundlichkeit. Wir haben mit der „Digitalen Dividende“ in den letzten Jahren viel erreicht und viele weiße Flecken in Deutschland schließen können. Doch es muss weitergehen.

Gerade in den Gründervierteln - den Stadtteilen, wo viele Internet-Firmen gegründet werden - reichen VDSL-Anschlüsse nicht. Daher sollte mit Priorität in diesen Gründervierteln ein GBit-Netz (FTTB/HFC) gebaut werden. Dabei muss aber auch der ländliche Raum weiter entwickelt werden. Wir brauchen mehr unkomplizierte Förderprogramme und finanzielle Anreize, um Breitband technologieneutral in den ländlichen Regionen auszubauen.

Gerade das mobile Internet ist heute für viele Menschen aber das wichtigste. Smartphones und Tablets verlangen nach viel leistungsfähigeren Anbindungen. Daher brauchen wir schnell die „Digitale Dividende II“ im 700 MHz-Band. Bei der Frequenzvergabe soll festgelegt werden, dass auch auf den wesentlichen Bahnstrecken LTE im Rahmen dessen ausgebaut wird.

Das digital-terrestrische Fernsehen DVB-T hat keine Zukunft mehr. Durch den Ausstieg der Privatsender wird der Grundversorgungsauftrag nicht mehr erfüllt. Wir brauchen ein neues freies terrestrisches Fernsehsystem im Bereich von 600 MHz, als zellulares Netz mit HD-Versorgung. Die dadurch frei werdenden Frequenzen von DVB-T sollen im Rahmen einer „Digitalen Dividende III“ freigegeben werden. Gemeinsam mit dem Refarming der GSM-Frequenzen und Regulierungsanreizen zugunsten LTE Advanced und deren weiteren Evolutionsstufen erreichen wir eine flächendeckende GBit-Breitbandversorgung.

7.



Digitales Regieren und Bürgerbeteiligung nutzen.

Partizipation über das Internet ermöglicht nicht nur den Austausch von Informationen, sondern gibt Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen mehr Chancen zur aktiven Teilhabe an politischen Prozessen und Verwaltungsverfahren in einer freien, offenen und zunehmend wissensbasierten Gesellschaft. Für die Kommunikation einer modernen und offenen Verwaltung mit den Bürgerinnen und Bürgern sowie die Unternehmen sind die Möglichkeiten des Internet elementar. Wir bekennen uns dabei jedoch klar zum Recht auf informationelle Selbstbestimmung. Wir werden daher die Anstrengungen intensivieren, die Digitalisierung in der öffentlichen Verwaltung voranzutreiben, auch um die Verbindung zwischen Bürgern und Politik mittels moderner Kommunikationstechnologien zu verbessern. Auch werden wir gemeinsam mit Ländern und Kommunen zügig den bereits begonnenen Weg im Bereich des E-Government weiter fortführen und das Regierungsprogramm „Vernetzte und transparente Verwaltung“ weiterentwickeln. Alle staatlichen Behördendienstleistungen sollen künftig auch online wahrgenommen werden können, so dies technisch machbar und praktisch sinnvoll ist.

8.



Wir brauchen ein faires Urheberrecht im Sinne eines echten Interessenausgleichs.

Unser Ziel ist es, im Sinne von Künstlern, Kulturschaffenden, Autoren, Ingenieuren und Softwareprogrammierern einen starken Schutz des Urheberrechts und des geistigen Eigentums insgesamt im Internet durchzusetzen. Dabei ist der Anspruch der Internetnutzer auf faire Nutzungsmöglichkeiten beim Erwerb digitaler Produkte ebenfalls zu berücksichtigen. Wir streben eine Änderung von § 95a des Urheberrechtsgesetzes an, um zu erreichen, dass die Privatnutzung digitaler Produkte identisch mit den Nutzungsrechten analoger Produkte geregelt wird. Die vorhandene Schlechterstellung digitaler Medien bei der Privatnutzung kann ein wesentlicher Grund für die fehlende Akzeptanz des Schutzes von Urheberrechten im Internet sein. Außerdem prüfen wir, die Schutzfrist im Urheberrecht zu verkürzen. Nach jetziger Rechtslage erlischt diese erst 70 Jahre nach dem Tod des Urhebers. Im digitalen Zeitalter muss diese Generationen überdauernde Frist hinterfragt werden.

Uns ist wichtig, dass bei der nötigen Neugestaltung des Urheberrechts die Lebensgewohnheiten der Menschen im digitalen Zeitalter berücksichtigt werden und sie Teil des Gestaltungsprozesses für ein zeitgemäßes Urheberrechts werden.

9.



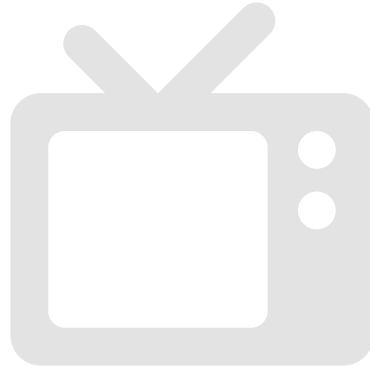
Jugendschutz im digitalen Zeitalter.

Wir wollen erfolgreiche Säulen des Jugendschutzes auch im Internet fortführen. Besonders die erfolgreich arbeitenden Selbstkontrollen wie die USK sollen auch bei Online-Medien Alterskennzeichnungen vergeben können. Bei der Durchsetzung des Jugendschutzes setzen wir auf Eltern. Ziel aller Initiativen muss es sein, die Möglichkeiten der Nutzer zu stärken. Deshalb sprechen wir uns gegen Netzsperrern aus. Wir setzen stattdessen auf Jugendschutzprogramme und damit auf nutzerautonome Filtertechnik. Diese müssen aber zwingend auch für Smartphones und Tablets verfügbar gemacht werden, denn nur die wenigsten Kinder und Jugendlichen werden in Zukunft noch mit Desktop-PCs ins Internet gehen.

Bei einer Novellierung des Jugendmedienschutzstaatsvertrages muss unbedingt der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit berücksichtigt werden. Neue Regulierungsaufgaben, die die Internet-Nutzer in der Breite betreffen, lehnen wir ab.

Wir sprechen uns für eine Reform des Systems der Altersstufen aus. Die Abgrenzungen zwischen 12, 16 und 18 Jahren sind immer schwieriger zu treffen und entsprechen nicht mehr der Medienwirklichkeit von heute.

10.



Medien- und Informationskompetenz.

Um die Menschen die Möglichkeit zu geben, Chancen und Risiken der Digitalisierung selbst einzuschätzen und sich sicher im digitalen Zeitalter zu bewegen, ist die Vermittlung von Medien- und Informationskompetenz ein zentraler politischer Auftrag. Wir müssen Menschen jeden Alters mit dem nötigen Wissen ausstatten, das die Grundlage für eigenverantwortliches Handeln online wie offline bildet. Digitale Mediennutzung und das Wissen um die muss ein fester Bestandteil des Schulalltags werden.

11.



Wir wollen die Netzneutralität sichern.

Wir sehen die Regulierung der Bedingungen für die Bereitstellung von Inhalten der internetbasierten Medien- und Kommunikationslandschaft als wichtig an und setzen uns für klare Rahmenbedingungen ein, die den Erhalt von Netzneutralität, Offenheit, informationeller Selbstbestimmung sowie die dauerhafte Verfügbarkeit von Inhalten gewährleisten.

12.



Wir setzen uns für eine konsequente Durchsetzung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung ein.

Immer mehr Unternehmen und Individuen vertrauen essentielle Teile ihrer Unternehmensdaten und ihrer digitalen Lebens- und Kommunikationswirklichkeit immer weniger großen Anbietern von zentralen „Cloud“- und anderen Kommunikations-, Speicher- und Synchronisationsdiensten an. Sie erhalten aber im Gegenzug keine Garantien für den Schutz ihrer Daten (eingeschlossen das Recht, diese Daten auch wieder zu löschen). Einem unkontrollierten Data Mining der oft in letzter Konsequenz in fremden Jurisdiktionen gespeicherten Daten muss durch konsequente Durchsetzung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung bei den in Deutschland angebotenen Diensten entgegengetreten werden.

13.



Internationale Internet-Governance.

Deutschland muss sein Rolle bei der internationalen Internet-Governance stärker als bislang wahrnehmen. Dazu bedarf es auch einer zentralen Koordination der internationalen Internet-Aktivitäten der Bundesregierung.

Wir erwarten vom Parlament eine höhere Präsenz bei internationalen Treffen wie dem IGF (Internet Governance Forum der Vereinten Nationen). Um die internationale Perspektive in Deutschland sichtbarer zu machen, soll sich unser Land für die Ausrichtung eines der nächsten IGFs bewerben.

IMPRESSUM

cnetz

Verein für Netzpolitik e. V.

Weichselstraße 19

10247 Berlin

info@c-netz.de

www.c-netz.de

CSUnet der

Christlich-Soziale Union in Bayern e. V.

Franz Josef Strauß-Haus

Nymphenburger Str. 64

80335 München

csunet@csu-bayern.de

www.csunet.de

Gestaltung und Satz

Patrick Dahm